

THAILAND

Der englische Premier

Abhisit Vejjajiva, 46, umstrittener Premier des Landes, ist auch britischer Staatsbürger. Nach wochenlangem Dementi räumte er dies vor dem Parlament in Bangkok ein. Das Geständnis könnte dramatische Folgen für Abhisit haben: Großbritannien hat im Gegensatz zu Thailand das „Römische Statut“ ratifiziert. Briten, die in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt sind, können vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt werden. Der kanadische Anwalt Robert Amsterdam, der die oppositionellen „Rothenmen“ in Thailand vertritt, hatte bereits Ende Januar im SPIEGEL auf Abhisits doppelte Staatsbürgerschaft hingewiesen. Zum gleichen Zeitpunkt beantragte er in Den Haag eine Untersuchung des Regimes in Bang-



Abhisit



Demonstrant in Bangkok 2010

kok, das die Demonstrationen von Rothenmen im Mai vorigen Jahres mit äußerster Gewalt niedergeschlagen hatte; mehr als 90 Menschen starben dabei. Der Premier, so berichteten Zeugen Amsterdam, billigte persönlich den Einsatzbefehl. Abhisit wurde 1964 als Kind thailändischer Eltern in Newcastle geboren und erhielt beide Staatsbürgerschaften. Fast zeitgleich mit dem britischen Premier David Cameron und dem Londoner Bürgermeister Boris Johnson besuchte er das Internat Eton und die Elite-Universität Oxford. Johnson bekennt sich dazu, ein Freund Abhisits zu sein.

PAKISTAN

Atmosphäre der Angst

Drei prominente Politiker hatten sich öffentlich gegen das Blasphemiegesetz ausgesprochen, auf dessen Grundlage eine Christin im November wegen „Beleidigung des Propheten Mohammed“ zum Tode verurteilt worden war. Nur eine Politikerin von diesen dreien ist noch am Leben: Ex-Informationsministerin Sherry Rehman, 50. Ihr hat man geraten, das Land zu verlassen, nachdem Mitglieder einer Taliban-Gruppierung am Mittwoch den Minister für Minderheiten, Shahbaz Bhatti, 42, erschossen haben. Bereits im Januar war der muslimische Politiker Salman Taseer ermordet worden; er hatte sich für die Begnadigung der verurteilten Christin eingesetzt. Bhatti, einziger Christ im sonst muslimischen Kabinett, hatte „Korrekturen“ jenes Gesetzes verlangt, das bei Prophetenbeleidigung die Todesstrafe vorsieht – seine Abschaffung hielt er jedoch für „politisch nicht durchsetzbar“. Dem SPIEGEL erklärte Bhatti kurz vor seinem Tod, er werde von Radikalen bedroht.

NACHGEFRAGT

Warum geben Polen beim Finanzamt so oft an, im Sexgewerbe zu arbeiten?

Artur M. Brzezinski, Steuerberater in Kalisz: In der Tat behaupten zehn Prozent derjenigen, die vom Finanzamt überprüft werden, als Prostituierte zu arbeiten. Das ist ein Trick, um Steuern zu sparen. Prostitution ist in Polen weder illegal, noch müssen auf die Einkünfte Steuern gezahlt werden. So versuchen viele, ihr schwarz erarbeitetes Geld zu waschen. Die Finanzämter kommen aber langsam dahinter und führen jetzt intensive Verhöre – zum Beispiel darüber, welche sexuellen Dienstleistungen zu welchem Preis erbracht wurden.



Lenin-Mumie im Moskauer Mausoleum

RUSSLAND

Goodbye Lenin

Im Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau hat wieder mal der Frühjahrsputz begonnen. Zwei Monate lang werden an den mumifizierten Überresten des sowjetischen Revolutionsführers „prophylaktische Arbeiten“ durchgeführt: Fachleute richten Körper, Kleidung und Sarg jenes Mannes her, der seit 87 Jahren in der Gruft an der Kremllmauer liegt. In diesem Jahr wird allerdings besonders heftig über Lenins Zukunft gestritten, Schuld daran sind ausgerechnet Mitglieder der Staatspartei „Einiges Russland“. Auf der Website „goodbyelenin.ru“ fragen sie ihre Landsleute, ob sie für die Umbettung der Leiche sind. Bis Mittwochabend antworteten

321 000 Russen: 67,6 Prozent von ihnen plädieren dafür, den Führer des Weltproletariats endlich auf einen Friedhof zu bringen. Neben Ex-Präsident Michail Gorbatschow sprachen sich Vertreter der orthodoxen Kirche für die Schließung des Mausoleums aus: Lenin sei „ein einzigartiger Sadist gewesen, genährt vom Hass gegen das eigene Volk“. Die Aufbahrung der Lenin-Mumie mitten in Moskau sei „einfach ekelhaft“, die Leiche gehöre vernichtet. Russlands oberster Mufti rief dazu auf, „diesen gottlosen Mann“ den Kommunisten zu überstellen, die sollten Geld für ein eigenes Museum sammeln, in dem sie den Alten ausstellen könnten. Es sei unglaublich, dass der Staat noch immer das Aufpäppeln der Leiche finanziere. Die Kommunistische Partei wies die Umfrageergebnisse als „nicht repräsentativ“ zurück.